Koschyks politische Korrespondenz

Politische Informationen aus erster Hand

1. Jahrgang • Ausgabe 5 • Dezember 2006

Gemeinnützigkeitsrecht	Seite 1
Seehofer beim 60. Geburtstag der CSU Bayreuth-Land	Seite 2
EU-Ratspräsidentschaft	Seite 2
Weihnachtspäckchenaktion	Seite 3
Kundenparkplatz der Deutschen Bahn in Bayreuth	Seite 3
Der Papst in Bayern	Seite 4
Tourismusbeauftragter Hinsken zu Gast im Wahlkreis	Seite 5
Delegationsreise nach Südkorea und China	Seite 6
Diskussion mit der BIMA: Zukunft der Markgrafenkaserne	Seite 7
Jugend im Parlament	Seite 7
Gesundheitsreform	Seite 8/9
Summer School 2006	Seite 9
Agentur für Arbeit: Neuer Verwaltungsverbund	Seite 10
Absage an EU-Bürokratie-lawine	Seite 10/11
THW bleibt selbstständig	Seite 11
Bundesminister Glos bei SDV Winter GmbH in Weidenberg	Seite 12
Lokale Funktionsträger in Berlin	Seite 12
Neues Rettungszelt für THW	Seite 13
CSU-Bürgerpreis 2006	Seite 13
Arbeitsmarkt	Seite 14
Unterstützung für Bayerischen Bauernverband Oberfranken	Seite 14/15
Bayreuther Tafel e.V.	Seite 15
www.koschyk.de	Seite 16

Die Redaktion von Koschyks politischer Korrespondenz bedankt sich bei den Leserinnen und Lesern für das Interesse und wünscht eine besinnliche Adventszeit, ein friedvolles Weihnachtsfest und einen guten Start in ein glückliches und erfolgreiches Jahr 2007.

Endlich „Grünes Licht" zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts

Bessere Förderung des Ehrenamts

Bundesfinanzminister Steinbrück stellt Eckpunkte der Refom des Gemeinützigkeitsrechts vor.

Mit seiner Ankündigung, noch vor Weihnachten Vorschläge für eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts vorzulegen, setzt der Bundesfinanzminister Peer Steinbrück endlich die von der CSU-Landesgruppe seit langem geforderten Änderungen im Bereich des Ehrenamts um.

MdB Koschyk begrüßt die jetzt vorgestellten Eckpunkte: „In den Maßnahmen drückt sich eine Wertschätzung für die Menschen aus, die sich gesellschaftlich engagieren. Zugleich werden andere motiviert." Aus Sicht der CSU-Landesgruppe ist besonders die Anhebung der so genannten Übungsleiterpauschale hervorzuheben. Bislang lässt der Staat bis zu 1848 Euro unangetastet, wenn jemand etwa als Jugendtrainer im Fußballverein arbeitet. Dieser Betrag soll nun angehoben werden. Zusätzlich soll dieser Freibetrag auch für andere nebenberufliche Tätigkeiten im gemeinnützigen Bereich erweitert werden.

Des Weiteren sollen die Höchstgrenzen für den Abzug von Spenden angehoben werden. Bisher dürfen für kirchliche, religiöse und gemeinnützige Zwecke fünf Prozent der Einkünfte steuermildernd abgezogen werden. Für mildtätige, wissenschaftliche und kulturelle Zwecke sind es zehn Prozent. „Damit wird unter dem Motto `Hilfen für Helfer` endlich das freiwillige Helfen und damit das ehrenamtliche Engagement steuerlich stärker begünstigt.", bekräftigt Hartmut Koschyk.

Seehofer zur Gesundheitsreform:

Bürger erhalten auch in Zukunft erstklassige medizinische Versorgung

Zum Marsch-Klassiker „Alte Kameraden" ergriff Bundesverbraucherschutzminister Horst Seehofer den Taktstock und dirigierte die „Pegnitzer Boum".

Mit Bundesverbraucherschutzminister und dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Horst Seehofer als prominentesten Gratulanten hat die CSU Bayreuth-Land im Oktober in Pegnitz ihren 60. Geburtstag gefeiert. Der Minister spannte dabei einen weiten Bogen von der Geschichte der Partei über die Bedeutung von Werten bis hin zu seinen Vorstellungen einer christlichen Politik.

Gleich zu Beginn seiner Rede kündigte Seehofer an, dass er abseits der Tagespolitik sprechen wolle. Lediglich sein scherzhafter Vergleich der Halle des Count-Price-Centers im Pegnitzer Industriegebiet-West, wo die CSU ihr Jubiläum feierte, mit einem Kühlhaus sollte auf das derzeitige Top-Thema verweisen. Auch seinen proklamierten Grundsatz, nie auf eine höhere Ebene das zu übertragen, was eine kleinere Ebene genauso gut könne, wollte er auf „die Fleischgeschichte" gemünzt wissen, denn er habe dabei nie eine zentralistische Bundesbehörde vorgeschlagen.

Zur aktuellen Reformpolitik vor allem im Gesundheitsbereich bemerkte der Minister, dass nicht das Wohlergehen einer Versicherung im Mittelpunkt stehen dürfe, sondern stets das Wohlergehen des Versicherten Maß aller Dinge sein müsse. Ziel der Reformpolitik sollte es deshalb sein, den Menschen, egal ob alt oder jung, stark oder schwach, krank oder gesund, eine erstklassige Versorgung zu bieten. Schließlich legte Seehofer in Pegnitz auch seine Vorstellung einer effektiven Sozialpolitik dar: Sozial sei es, Menschen unter die Arme zu greifen, die sich selbst helfen wollen, aber nicht können und nicht Menschen zu unterstützen, die sich selbst helfen könnten, dies aber nicht wollten. Der Minister: „Dann wären ja alle diejenigen dumm, die Steuern und Abgaben zahlen und ihren Dienst für unser Land tun."

Dr. Peter Ramsauer und Hartmut Koschyk:

„EU-Ratspräsidentschaft für mehr Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Agrarbetriebe nutzen"

„Die CSU-Landesgruppe wird während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft Flagge für weniger Bürokratie, für mehr Vereinfachung und für mehr Wettbewerbsfähigkeit der deutschen landwirtschaftlichen Betriebe zeigen", das kündigten der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Dr. Peter Ramsauer MdB, und der Parlamentarische Geschäftsführer, Hartmut Koschyk MdB, in Berlin bei einem politischen Gedankenaustausch an, zu dem sie sich mit dem Präsidenten des Deutschen Raiffeisenverbandes, Manfred Nüssel, trafen. Nüssel unterstrich, dass der Raiffeisenverband beispielsweise im Milchmarkt angesichts weniger staatlicher Intervention klar auf die Stärkung der eigenen Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit setzt.

Hartmut Koschyk, Manfred Nüssel, Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes und Dr. Peter Ramsauer MdB, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

mit der fünften Ausgabe von „Koschyks politischer Korrespondenz" lege ich die letzte Ausgabe im ersten Erscheinungsjahr vor. Ihre ganz überwiegend positive Resonanz bestärkt mich, KpK auch im nächsten Jahr fortzusetzen. Ich freue mich auch weiter über Anregungen, Wünsche und Kritik. Kurz vor dem Jahresende ist es aber auch an der Zeit, ein politisches Fazit zu ziehen. Die Große Koalition in Berlin arbeitet erfolgreich. Der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands geht in die Verlängerung. Ich freue mich darüber, dass ich an entscheidenden Weichenstellungen in Berlin mitarbeiten konnte. Auch für den Bundeswahlkreis Bayreuth-Forchheim kann auf ein erfolgreiches Jahr zurückgeblickt werden. Durch eine Vielzahl von Veranstaltungen und Besuchen von Spitzenpolitikern aus Berlin können regionale Themen aufgegriffen werden. Ich nenne Ihnen exemplarisch den Besuch des Bundesbeauftragten für Tourismus der Bundesregierung, Ernst Hinsken, oder meine Einladung an den Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann. Nicht vergessen möchte ich, an die Besuche von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Bundeswirtschaftsminister Michael Glos zu erinnern. Die Weichen für das Jahr 2007 sind gut gestellt. Wir können optimistisch in das neue Jahr schauen. Die sinkende Arbeitslosigkeit und zunehmendes Wachstum in unserer Wirtschaft werden sich fortsetzen, trotz der notwendigen Mehrwertsteuererhöhung. Abschließend bleibt mir, Ihnen und Ihren Familien noch eine besinnliche Adventszeit, ein gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für das Jahr 2007 zu wünschen.

Ihr Hartmut Koschyk

Kinder helfen Kindern

Round Table sammelt Weihnachtspäckchen für Kinder in Not

Schirmherr Hartmut Koschyk MdB und Center-Managerin Tanja Popp (von rechts) vom Rotmaincenter in Bayreuth haben zusammen mit Vertretern des Round-Table-Serviceclubs und der beteiligten Speditionen die Aktion „Weihnachtspäckchen für Kinder in Not" gestartet.

Unter der Schirmherrschaft des Bayreuther Bundestagsabgeordneten Hartmut Koschyk hat der Serviceclub Round Table im November in Bayreuth die Aktion „Weihnachtspäckchen für Kinder in Not" durchgeführt. Ziel ist es, Kindern in rumänischen Kranken- und Waisenhäusern, Kinderdörfern sowie Straßenkindern zu Weihnachten eine Freude zu bereiten. Dazu wurden mehrere Sammelstellen in der Stadt und im Landkreis Bayreuth eingerichtet, wo jeder Interessierte sein möglichst schuhkartongroßes Päckchen abgeben konnte. Mit Hilfe der beiden Speditionen Steinbach und Wedlich wurden die Päckchen Ende November nach Hanau transportiert, von wo aus Anfang Dezember ein zentraler Konvoi nach Temesvar gestartet wurde.

„Wir übernehmen persönlich die Zustellgarantie", sagte Jörg Lichtenegger von Round Table in Bayreuth. Zahlreiche Mitglieder haben, wie bereits in den vergangenen Jahren, den Transport nach Rumänien begleitet und die Päckchen persönlich verteilt. Damit können sich die Spender sicher sein, dass ihre Hilfe direkt bei den Kindern ankommt, so Schirmherr Hartmut Koschyk, der sich besonders über die Unterstützung von 35 Schulen und Kindergärten aus Bayreuth Stadt und Land freute. Kinder aus unserer Region halfen damit Kindern, die auf der Schattenseite stehen und an die Weihnachten sicherlich kaum jemand denkt.

Weitere Informationen und die teilnehmenden Schulen stehen auf den Internetseiten von Round Table unter **www.rt98.de**

Kunden-Parkplatz der Deutschen Bahn in Bayreuth

Koschyk: Verhalten von Bahn und ContiPark nicht hinnehmbar!

Mit klaren Worten hat sich Hartmut Koschyk an den Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn AG für Bayern, Klaus-Dieter Josel, gewandt und unverzüglich eine Änderung der unhaltbaren Zustände auf den betroffenen Parkplätzen rund um den Bayreuther Bahnhof gefordert.

Die Firma ContiPark bewirtschaftet und überwacht seit Mai 2006 im Auftrag der Deutschen Bahn AG den Parkplatz in unmittelbarer Nähe des Bayreuther Bahnhofes in Eigenregie. „Zum Nachteil für den Bahnkunden!", betonte Hartmut Koschyk dabei. „Durch die Parkbeschilderung wird der Charakter eines öffentlichen Parkplatzes erweckt. Die notwendige Kennzeichnung als Privatparkplatz erfolgte durch den Mieter bzw. die Deutsche Bahn AG nicht. Im Ergebnis suggeriert die Firma ContiPark damit als privater Betreiber einen öffentlichen Parkplatz, ahndet aber geringste Parkzeitüberschreitungen mit € 23,00 Geldbuße."

Dieses Verhalten sei nicht länger hinnehmbar. „Auf der einen Seite wird der Bayreuther Bahnhof mit Millionenbeträgen für den Kunden attraktiver gestaltet und auf der anderen Seite wird der Bürger durch die Repressalien beim Parken wieder abgeschreckt!", so Hartmut Koschyk. Die Bahn als Verpächter der Flächen sei hier klar in der Verantwortung und müsse im Sinne der Kundenfreundlichkeit schnellstmöglich Abhilfe schaffen, unterstrich Koschyk gegenüber Josel.

Die Bemühungen sollten belohnt werden. Klaus-Dieter Josel kündigte nun auf die Intervention Koschyks hin an, dass die Änderung der Beschilderung im November erfolgen wird. „Ich begrüße diesen richtigen Schritt", kommentiert MdB Koschyk die Zusage der Bahn, fügt jedoch hinzu: „Darüber hinaus sollten auch die horrenden Geldbußen auf ein angemessenes und vertretbares Maß gesenkt werden." Josel verteidigte in seinem Schreiben die Höhe der Geldbußen. „Die Berechnung des Entgeltes für Parken ohne gültigen Parkschein von € 23,50 errechnet sich aus dem Parkentgelt von € 3,50 für ein Tagesticket und den Kosten für die Bearbeitung von € 20,-. Der berechnete Aufwand ist bundesweit einheitlich und branchenüblich", so Josel.

„Einheitlich und branchenüblich bedeutet noch lange nicht angemessen und gerechtfertigt!", betont Hartmut Koschyk. Die Bahn müsse im Interesse ihrer Kunden diese Praxis grundlegend überdenken. „Die Bahn muss endlich einsehen, dass Parkraum an Bahnhöfen eine Serviceleistung ist, um den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu bekommen und das Bahnfahren für die Bürgerinnen und Bürger noch attraktiver zu machen, und keine sprudelnde Geldquelle zu Lasten der Kunden!", unterstreicht Koschyk.

Zu Besuch in der Heimat

Der Papst in Bayern

„Und sie nahmen Anstoß an ihm und lehnten ihn ab. Da sagte Jesus zu ihnen: Nirgends hat ein Prophet so wenig Ansehen wie in seiner Heimat und in seiner Familie“ (Mat. 13; 57).

Der Papst war zu Besuch in seiner bayerischen Heimat und so mancher wird im Vorfeld an dieses Bibelwort oder zumindest an das geflügelte Wort vom „Propheten im eigenen Land“ gedacht haben. Angesichts einer beinahe vollständig säkularisierten Gesellschaft, angesichts von leeren Kirchen, angesichts der Streichung von Religionsunterricht und nahezu entchristianisierten Landstrichen in Deutschland, was sollte der Besuch von Benedikt XVI. schon mehr werden, als ein „Event“ für die wenigen kirchentreuen Katholiken in Bayern und Deutschland?
Doch wer so dachte, der sah sich bereits bei der Ankunft des Heiligen Vaters eines Besseren belehrt! Tausende säumten die Straßen auf seinem Weg vom Münchener Franz-Josef-Strauß-Flughafen in die Innenstadt zum Marienplatz. Schon hier wurde deutlich, dass dieser Besuch von weit größerer Tragweite für Menschen sein würde, als eine bloße Visite des Kirchenoberhauptes in seiner alten Heimat. Wer die Reaktionen der Menschen auf den vorbeifahrenden, lächelnden Papst sah, der merkte, dass diese begeistert waren von der Person Benedikts und seiner Botschaft. Bei seinen Predigten unterstrich er immer wieder, dass das Soziale und das Evangelium nicht zu trennen seien und forderte eine Rückbesinnung in den Industrienationen auf Gott. Deutlich kritisierte er die westliche Verachtung Gottes und einen Zynismus, der Nützlichkeitsdenken und die Verspottung des Heiligen als Freiheitsrecht zum letzten Maßstab erhebe. Klare Worte der Mahnung und zugleich der Hoffnung, die verdeutlichten, dass der Glaube der Grundstein der Versöhnung ist.

Messe in München

„Es hat mich tief beeindruckt, wie die eindringlichen Worte des Heiligen Vaters ganz unterschiedliche Menschen gleichermaßen erreichten“, so Hartmut Koschyk MdB. Koschyk wohnte der Eucharistiefeier des Heiligen Vaters auf dem Gelände der Neuen Messe München bei. „Besonders erfreulich war, dass der Papst auch ein klares Bekenntnis zur Ökumene gegeben hat“, so Hartmut Koschyk. Diese Einschätzung bestätigte der bayerische Landesbischof Johannes Friedrich nach der ökumenischen Vesper im Regensburger Dom. Er erlebe den Papstbesuch „durchweg positiv“. Es sei ein hoffnungsvolles Zeichen, dass es einen ökumenischen Gottesdienst gegeben habe, bei dem sich auch die Protestanten an der Auslegung des Evangeliums beteiligten. „Der Papst predigt richtig evangelisch“, so der Landesbischof.

Positiver Gleichklang von Glaube und Vernunft

Dabei redete der Papst zu keiner Minute seines Besuches dem Publikum nach dem Munde. Nachdrücklich mahnte er in der sonntäglichen Vesper im Liebfrauendom Eltern und Erzieher, in Familie und Schule Gott gegenwärtig zu halten. Es genüge nicht, wenn jungen Menschen nur technisches Wissen vermittelt werde, jedoch keine Maßstäbe, die der Kenntnis und dem Können Richtung und Sinn geben. Schon hiermit unterstrich der Papst, wie wichtig ihm der positive Gleichklang von Glaube und Vernunft ist. Diesen stellte er in den Mittelpunkt seiner Regensburger Vorlesung, in der er „Mut zur Weite der Vernunft“ forderte und den Westen vor einem Scheitern im Dialog der Kulturen warnte.
„Es ist geradezu grotesk, dass diese tiefgehende theologische Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Glaube und Vernunft sowie das klare Bekenntnis zu gegenseitigem Respekt und dem Dialog der Religionen später von islamistischen fundamentalistischen Scharfmachern bewusst fehlinterpretiert wurden“, zeigt sich Hartmut Koschyk erschüttert über die Verleumdungen aus der islamischen Welt. Passagen der Vorlesung des Papstes wurden vorschnell aus dem Zusammenhang gerissen und der Heilige Vater von islamischen Kreisen auf das Übelste verunglimpft. Besonders bedenklich ist, dass diese voreiligen, unberechtigten und böswilligen Unterstellungen nicht nur aus dem bekennenden islamistisch fundamentalistischen Lager kamen, sondern dass sich auch die Regierungen islamischer Staaten diesen Reflexen hingaben und so die Stimmung anheizten. Die Erregung etwa der staatlichen türkischen Religionsbehörde über Papst Benedikt offenbarte genau den Zungenschlag, der dem friedlichen Zusammenleben der Religionen und Kulturen in erheblicher Weise abträglich ist. Der stellvertretende Vorsitzende der türkischen Regierungspartei AKP, Salih Kapusuz, stellte Benedikt XVI. sogar in eine Reihe mit Mussolini und Hitler.

Interreligiöser Dialog

Gerade ein Land, das sich für europatauglich erklärt und sich seiner Trennung von Staat und Religion rühmt, sollte mit mehr Besonnenheit in Fragen des interreligiösen Dialogs agieren. Ein aufgepeitschter Mob und Anschläge auf christliche Kirchen zeigen, wohin ein solcher Weg führt. „So irritierend und bedrohlich diese Schmähungen des Papstes und die ungerechtfertigten Reaktionen in der islamischen Welt waren, so werden sie doch nur bedauerliche Randnotiz angesichts seines historischen Besuches in seiner bayerischen Heimat bleiben“, so Hartmut Koschyk.

Kein Kirchturmdenken im Tourismus

Tourismusbeauftragter der Bundesregierung Hinsken blickte optimistisch in Zukunft der Tourismusbranche

Vorzeigeunternehmen im Landkreis: Der stellvertretende Forchheimer Landrat Gregor Schmitt, Daniela und Elmar Singer von der Geschäftsführung des Unternehmens Schmetterling Reisen, Bundestourismusbeauftragter Ernst Hinsken, Geschäftsführer Willi Müller und der Bayreuther Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk (von links) besichtigten das international agierende Tourismusunternehmen in Geschwand.

Geschwand/Goldkronach– Die Reise- und Tourismuswirtschaft ist die Leitökonomie der Zukunft. Das hat der Tourismusbeauftragte der Bundesregierung, Ernst Hinsken, jüngst in Geschwand bei einem Gespräch mit Tourismusvertretern aus der Fränkischen Schweiz festgestellt. Hinsken war auf Einladung des Bayreuther Bundestagsabgeordneten und parlamentarischen Geschäftsführers der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag in den Landkreis Forchheim gekommen und hatte zuvor das Touristikunternehmen Schmetterling Reisen besichtigt.

Die Tourismusbranche sei der Job- und Ausbildungsmotor der Zukunft, sagte Hinsken. Er erwartete allein in Deutschland 250.000 bis 300.000 Arbeitsplätze in den kommenden Jahren. Derzeit stelle der Tourismussektor mit knapp drei Millionen Beschäftigten bundesweit den zweitgrößten Wirtschaftssektor im Dienstleistungsbereich und habe damit mehr Mitarbeiter als die Automobilindustrie.

Damit diese optimistischen Zukunftsperspektiven auch eintreffen, müssten allerdings auch die Rahmenbedingungen stimmen. Der einzelne Unternehmer brauche mehr Freiraum, Bürokratie dürfe den Mittelstand nicht länger belasten, forderte der Tourismusbeauftragte. Einen dieser Wettbewerbsnachteile will Hinsken spätestens in der kommenden Legislaturperiode beseitigen: Während alle Nachbarländer einen geringeren Mehrwertsteuersatz auf touristische Dienstleistungsangebote hätten, liege der Umsatzsteuersatz in Deutschland bei derzeit 16 und bald bei 19 Prozent. Der Tourismusbeauftragte plädierte deshalb für eine Harmonisierung der Umsatzsteuersätze und will dieses Ziel seinen eigenen Worten zufolge schon bald auf die Agenda bringen.

Als vorbildlich bezeichnete Hinsken die Tourismuspolitik in Franken. Während die meisten der bundesweit 190 Tourismusregionen und 4000 touristisch organisierten Kommunen noch alle für sich in die Werbung gehen, habe Franken dieses Kirchturmdenken bereits überwunden. Franken präsentiere sich bereits vernetzt und habe damit die Zeichen der Zeit erkannt.

Speziell an die Tourismusbetreiber in der Fränkischen Schweiz appellierte Hinsken, neben dem Radtourismus auch wieder auf den Wandertourismus zu setzen, der in den zurückliegenden Jahren ungemein an Popularität gewonnen habe. Daneben empfahl er zum einen verstärkt wieder auf Jugendliche, zum anderen auf Senioren als Zielgruppe zu setzen. Hier werde viel zu wenig getan, sagte Hinsken. Lobende Worte fand er für die Aktion „Scharfe Wochen“, in denen sich alles um Kren dreht. Dies sei der richtige Weg, regionale Spezialitäten noch stärker als bisher herauszustellen.

Zuvor hatten Hinsken und Koschyk das seit 30 Jahren bestehende Touristik-Unternehmen Schmetterling Reisen besucht, das nach den Worten von Geschäftsführer Willi Müller von Geschwand aus praktisch die ganze Welt bedient und zu den bundesweiten Top 10 unter den Tourismusanbietern gehört. Schmetterling Reisen habe nach eigenen Angaben seinen Mitarbeiterstamm zwischen 2001 und 2006 von 145 auf aktuell 330 vergrößert und bilde derzeit 43 junge Leute in zwölf verschiedenen Berufen aus.

In einem weiteren Expertengespräch zum Thema Tourismus im Fichtelgebirge trafen am gleichen Tag die Bürgermeister der Fichtelgebirgsgemeinden Bischofsgrün, Warmensteinach, Mehlmeisel, Fichtelberg und Goldkronach sowie der neue Geschäftsführer der Tourismus Marketing Ochsenkopf GmbH, Andreas Munder, und der Geschäftsführer der Wohlfühlregion Fichtelgebirge e. V., Andreas Popp, zusammen. Die Gemeindevertreter nutzten das Gespräch, um in Richtung Bundesregierung aufzuzeigen, wo der Schuh drückt. So sei es etwa ein Problem, dass Banken die Finanzierungen für notwendige Renovierungen im Hotel- und Gaststättenbereich nicht zur Verfügung stellten. „Und Fördertöpfe würden plötzlich wieder geschlossen!“, erklärte die Stellv. Vorsitzende der Wohlfühlregion Fichtelgebirge, Christa Reinert-Heinz, die die Runde nutzte, um auf die veränderten Förderprogramme im EU-Bereich aufmerksam zu machen. „Ernst Hinsken sieht die besondere Bedeutung des Tourismus für unsere Region. Ich danke deshalb ausdrücklich für den wichtigen Besuch!“, so Koschyk abschließend.

Ernst Hinsken, Beauftragter Bundesregierung für Tourismus, Hartmut Koschyk MdB sowie Vertreter der Wohlfühlregion Fichtelgebirge e.V. im Anschluss an das Fachgespräch in Goldkronach.

MdB Koschyk auf Delegationsreise in Südkorea und China

„Deutschland hat ein vitales Interesse in der Region“

Die lange geplante Reise des Vorsitzenden der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe, Hartmut Koschyk, auf die koreanische Halbinsel und China begann mit einem unmissverständlichen Signal an die Machthaber in Nordkorea. „Ein fruchtbarer Dialog mit der nordkoreanischen Seite ist unter diesen Voraussetzungen unmöglich!“ Mit diesen deutlichen Worten sagte Hartmut Koschyk den für Nordkorea vorgesehen Teil seiner Reise kurzfristig ab.

Kein Besuch in Nordkorea

Die Kriegswarnung der kommunistischen Diktatur an Südkorea, die aggressive Missachtung der Beschlüsse der Vereinten Nationen und willkürliche Einreiseverweigerung für deutsche Journalisten, die den Abgeordneten nach Nordkorea begleiten wollten, waren die Gründe für die klare Absage in Richtung Pjöngjang. Koschyk wollte sich persönlich über die Umsetzung der Unterstützung der Welthungerhilfe sowie die Lage der Christen in dem autoritären Staat informieren.

Der Terminkalender für Südkorea und China war dennoch prall gefüllt. Neben den Gesprächen über die Sicherheitslage in der Region nach den Nukleartests Nordkoreas bildeten die Fragen der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Möglichkeiten Deutschlands und insbesondere Oberfrankens in der Wachstumsregion Nordostasien den Schwerpunkt der Reise. So wohnte Koschyk der Einweihung von vier neuen Instituten des German Korea Institute of Technologie (KGIT) bei, zu der auch der Vizepräsident der Universität Bayreuth, Georg Krausch, nach Südkorea gekommen war. „Die Universität Bayreuth ist ein begehrter Partner für Korea“, betonte Koschyk. Längst seien enge Verbindungen von Oberfranken nach Südkorea geknüpft. Unter dem Dach von KGIT sollen unter internationaler Beteiligung Forschung und Entwicklung wirtschaftsnah gefördert werden. „Von einer engen wissenschaftlichen und technologischen Kooperation werden beide Länder profitieren“, unterstrich Koschyk auch am Rande der Auftaktveranstaltung von Bundesministerin Dr. Annette Schavan für die Kampagne „Deutschland und Korea – Partner in Forschung und Entwicklung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in Seoul. An dieser Veranstaltung nahm auch ein Vertreter des Kompetenzzentrums „Neue Materialien“ aus Bayreuth teil.

In der Südkoreanischen Hauptstadt traf Koschyk zudem mit dem neuen UN-Generalsekretär Ban Ki Moon zusammen, der sich für die deutsche Unterstützung bei seiner Wahl bedankte. Koschyk kennt Ban Ki Moon bereits aus dessen Zeit als Südkoreanischer Außenminister und ist vielfach mit ihm in Seoul und Berlin zusammengetroffen. Im Zentrum dieses politischen Gedankenaustausches stand die Perspektive der Sechs-Parteien-Gespräche (USA, Russland, China, die koreanischen Staaten und Japan) zur Entspannung im ostasiatischen Raum. „Am Ende des Prozesses könnte eine Art Nord-Ost-Asien-KSZE stehen“, skizzierte Koschyk.

Deutschlandbesuch angekündigt

Der UN-Generalsekretär versprach, so bald wie möglich der Einladung von Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einem Deutschlandbesuch zu folgen.

Auch in den Gesprächen mit hohen chinesischen Politikern standen die nordkoreanischen Atomtests im Mittelpunkt. So hart wie nie zuvor habe Nordkorea seinem kommunistischen Nachbarn Nordkorea klargemacht, dass er sich auf einem Irrweg befinde. Auch Peking sei nun zu schärferen Sanktionen bereit, fasst Koschyk zusammen, falls Nordkorea nicht zum Einlenken bereit sei. Die Gespräche in Peking hätten jedoch auch gezeigt, dass China keinen grenzenlosen Einfluss auf das Regime in Pjöngjang hat. Koschyk begrüßte in diesem Zusammenhang die Veränderung der US-Position in der Nordkorea-Frage, wonach die amerikanische Seite nunmehr bereit ist, auch direkte Gespräche mit Nordkorea im Rahmen der Sechs-Parteien-Gespräche zu führen.

„Die Region Nordostasien mit China, Japan und der koreanischen Halbinsel ist von größter Bedeutung für uns Deutsche“, resümiert Koschyk am Ende der Delegationsreise. „Die führende Exportnation Deutschland hat ein vitales Interesse an Sicherheit, Zusammenarbeit, wirtschaftlicher Entwicklung und Frieden im nordostasiatischen Raum.“ Um hierzu Nordkorea aus der Isolation in die Staatengemeinschaft zurückzuführen, sei jedoch noch ein langwieriger Vertrauensbildungsprozess notwendig. Hartmut Koschyk hat auch eine weitere neue Aufgabe im Rahmen der deutsch-koreanischen Beziehungen übernommen. Er folgt dem ehemaligen Zeit-Herausgeber Dr. Theo Sommer als deutscher Ko-Vorsitzender des 2002 von beiden Regierungen ins Leben gerufenen Deutsch-Koreanischen Forums nach.

Hartmut Koschyk mit Bundesministerin Schavan sowie dem deutschen Botschafter in Seoul, Herrn Dr. Norbert Baas (l.), und dem Präsidenten der Deutsch-Koreanischen Industrie- und Handelskammer in Seoul, Dieter Brinkmann.

Im Gespräch: MdB Koschyk mit dem neuen UN-Generalsekretär Ban Ki Moon und dem Leiter der Münchener Sicherheitskonferenz und langjährigen Kohl-Berater, Horst Teltschik.

Ziel: Zügige Verwertung

Diskussion über Nutzungsmöglichkeiten der Markgrafenkaserne

Wie geht es weiter mit dem Areal der Markgrafenkaserne nach dem weitgehenden Abzug der Bundeswehr vom Standort Bayreuth? Diese Frage stand im Mittelpunkt eines Gedankenaustauschs, zu dem Oberbürgermeister Dr. Michael Hohl den Vorstandssprecher der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA), Dr. Hans Hinrich Schroeder-Hohenwarth, im Rathaus begrüßen konnte. Das Treffen war vom Bayreuther CSU-Bundestagsabgeordneten und Parlamentarischen Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Hartmut Koschyk, vermittelt worden.

Wie bereits in „Koschyks politischer Korrespondenz“ berichtet, wird der Markgrafenkaserne nach dem weitgehenden Abzug der Bundeswehr nur eine kleine militärische Restnutzung verbleiben. Teile des Geländes werden außerdem durch die Bundespolizei genutzt. Der größte Teil des Areals aber wird in Regie der BIMA veräußert. Während der Bund also Eigentümer des Geländes ist, kann die Stadt über ihre gesetzliche Planungshoheit an einer sinnvollen, kombinierten Verwertung mitwirken.

BIMA-Vorstandssprecher Dr. Schroeder-Hohenwarth, Oberbürgermeister Dr. Hohl und MdB Hartmut Koschyk waren sich in dem Ziel einig, die weiteren Verwertungsschritte zügig und im Einvernehmen anzugehen. Die Stadt sei nunmehr am Zug zu klären, was sie planerisch auf dem frei werdenden Areal wolle und gegebenenfalls die dementsprechenden planungsrechtlichen Weichen zu stellen. Nach Angaben von Dr. Schroeder-Hohenwarth könnten die verbliebenen Kasernenflächen voraussichtlich im Herbst kommenden Jahres in die Veräußerung gehen. Erste kleinere Teilflächen sind bereits ausgeschrieben.

Beim Studium des kommunalen Flächennutzungsplans: (v.l.) Hartmut Koschyk, OB Dr. Michael Hohl, Dr. Hans Hinrich Schroeder-Hohenwarth

Für die Stadt, so OB Dr. Hohl, stehe derzeit eine Verwertungsoption aus dem Logistikbereich im Vordergrund, der von der hervorragenden Verkehrsanbindung der Markgrafenkaserne besonders profitieren würde. OB Dr. Hohl und MdB Koschyk verwiesen gegenüber ihrem BIMA-Gesprächspartner auch auf die Signalwirkung, die ein solches „Leuchtturmprojekt“ für den gesamten oberfränkischen Wirtschaftsraum haben könnte.

Gute Nachrichten hatte der BIMA-Vorstandssprecher bezüglich der Altlastensituation auf dem Kasernengelände im Gepäck. Nach den jetzt vorliegenden Erkenntnissen zeichneten sich hier keine Probleme ab, die einer zügigen Verwertung entgegenstünden.

Planspiel „Jugend und Parlament“

„MdB“ Julian Hofmann im Gespräch mit Dr. Edmund Stoiber

(v.l.n.r.) Der Parlamentarische Geschäftsführer Hartmut Koschyk MdB; Julian Hofmann und Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber MdL.

Für vier Tage die Rolle eines Abgeordneten des Deutschen Bundestages übernehmen. Diese Möglichkeit bot das Planspiel „Jugend und Parlament“ dem 18-jährigen Julian Hofmann aus Schnabelwaid. Er war von Hartmut Koschyk für die Teilnahme nominiert worden.

Insgesamt nahmen in diesem Jahr 308 Jugendliche an dem Planspiel teil, mit dem der Deutsche Bundestag Jugendlichen in der Zeit vom 14. bis zum 17. Oktober die Gelegenheit gab, seine Arbeit und den Prozess der Gesetzgebung kennen zu lernen. Im Zuge des Planspiels übernahmen die Teilnehmer selbst die Rolle eines Abgeordneten und erhielten ein Rollenprofil, um sich in den bundespolitischen Alltag hineinzuversetzen. Die Teilnehmer des Planspiels bildeten zudem „Landesgruppen“ und „Fraktionen“, setzten „Ausschüsse“ ein und wählten die erforderlichen Repräsentanten. Anschließend wurde ein Gesetzgebungsprozess simuliert.

„Die Teilnahme ermöglichte viele Einblicke in die parlamentarischen Abläufe“, zeigte sich Julian Hofmann am Ende des Planspiels erfreut. „Erst wenn man selbst in die Rolle des Volksvertreters schlüpft, wird einem bewusst, wie langwierig und kompliziert die Meinungs- und Kompromissbildung ist,“ zieht der Stellvertretende JU-Kreisvorsitzende Bayreuth-Stadt Bilanz. Das fiktive Parlament sah sich mit den gleichen Mehrheiten konfrontiert wie der reale Bundestag.

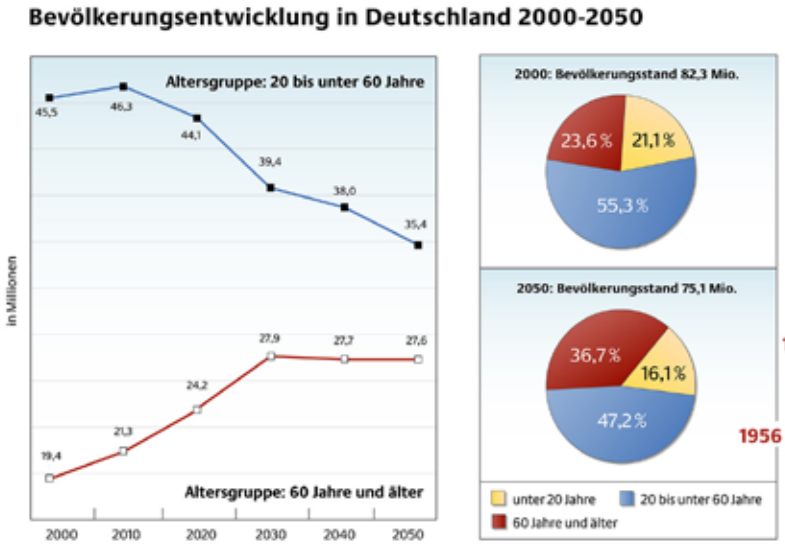
„Das Planspiel ‚Jugend und Parlament‘ bietet hervorragende Möglichkeiten für junge Politikinteressierte und junge Erwachsene, die sich bereits selbst politisch engagieren“ lobt MdB Koschyk die Aktion und fügt hinzu: „Selbst die Rolle des Abgeordneten zu übernehmen schärft den Blick für unser parlamentarisches System und führt auch zu Verständnis, weshalb Entscheidungsprozesse in unserer Demokratie häufig nicht von heute auf morgen abgeschlossen werden können.“

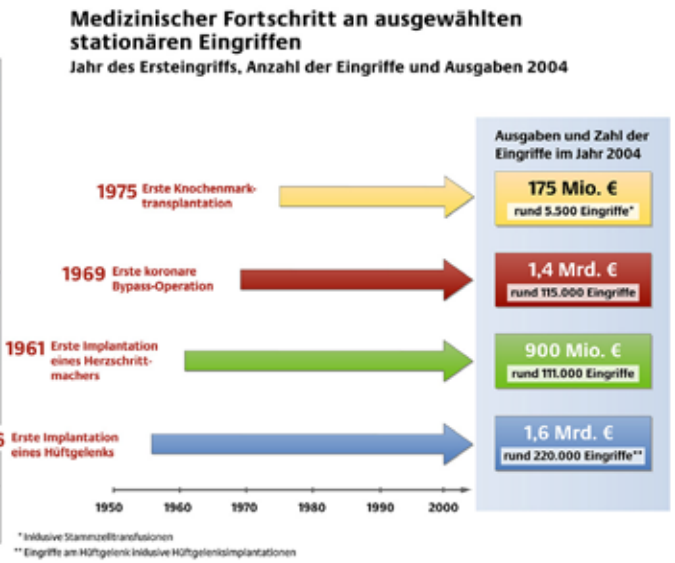
Zum Abschluss hatte MdB Hartmut Koschyk dann ein Treffen mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten am Rande des Geburtstagsempfangs der CSU-Landesgruppe anlässlich des 65. Geburtstages von Dr. Edmund Stoiber in der bayerischen Landesvertretung arrangiert.

ten +++ Zahlen +++ Daten +++ Fakten +++ Zahlen +++ Daten +++ Fakten +++ Zahlen +++ Daten +++ Fakten +++ Zahlen +++ Date

heitsreform +++ Gesundheitsreform +++ Gesundheitsreform +++ Gesundl

Durch die demografische Entwicklung und den damit verbundenen wachsenden Anteil älterer Versicherter, vor allem aber auch durch den medizinisch-technischen Fortschritt, der die Behandlung früher unheilbarer Erkrankungen ermöglicht, sind die Finanzierungsgrundlagen unseres Gesundheitssystems schon heute erheblich unter Druck geraten. Heute haben wir einen Beitragsdurchschnitt von 14,3 Prozent, das sind 6,7 Prozent Arbeitgeber- und 7,6 Prozent Arbeitnehmeranteil. Ohne





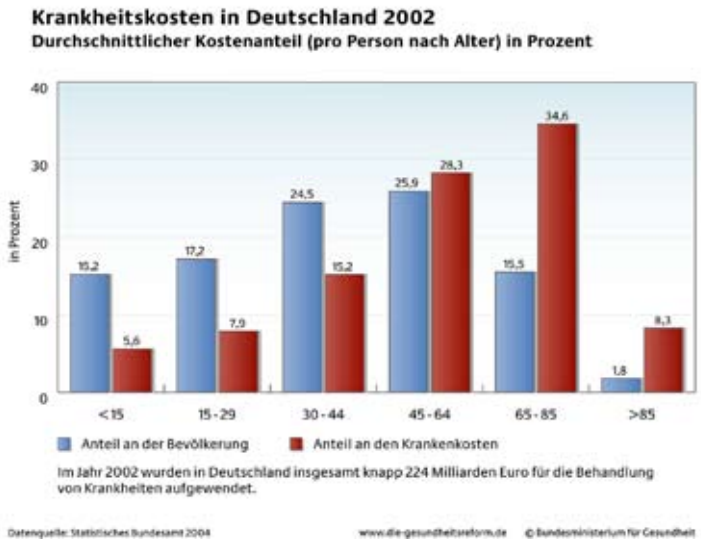
Die wichtigsten Änderungen für die Versicherten im Detail

	Bisherige Regelung	Künftige Regelung
Versicherungsschutz	Personen, die aus der Versicherung ausgeschieden sind und auch nicht privat versichert werden können, haben keine Rückkehrmöglichkeit in eine Versicherung.	Alle Nichtversicherten erhalten eine Rückkehrmöglichkeit in ihre jeweils letzte Versicherung (gesetzlich oder privat).
Wahlmöglichkeiten	Bei Vorsorge und Rehabilitation gilt bislang der Grundsatz, dass die Kasse die Einrichtung auswählt. Sie kann dabei eine eigene Vertragseinrichtung belegen. Sie soll die Wünsche des Versicherten berücksichtigen. Versicherte können begrenzt Kostenerstattung statt Sachleistungen wählen. Die Kassen haben entsprechende Satzungsregelungen vorzusehen. Freiwillig Versicherte können unter bestimmten Voraussetzungen Tarife mit Selbstbehalt oder Beitragsrückzahlung	Der Versicherte erhält ein echtes Wahlrecht zu einer Vorsorge und Rehabilitationseinrichtung, die zugelassen und entsprechend zertifiziert ist. Fallen dabei Kosten an, die über die der Vertragseinrichtungen hinausgehen, sind die Mehrkosten vom Versicherten zu tragen. Die Möglichkeiten der Versicherten zur Wahl der Kostenerstattung werden entbürokratisiert und flexibilisiert. Die Wahlmöglichkeiten werden flexibilisiert.
Leistungen	• Umfassender Leistungskatalog mit dem medizinisch Notwendigen. • Leistungen der häuslichen Krankenpflege werden nur im Haushalt des Versicherten erbracht. • Empfohlene Impfungen sind Satzungsleistung, die die Kassen nicht zwingend erbringen müssen. • Mutter-/Vater-Kind-Kuren sind Regelleistungen, die die Kassen nicht zwingend erbringen müssen. • Ambulante und stationäre Rehabilitationsleistungen sind ebenfalls Regelleistungen. • Faktisch keine Leistungsbeschränkung bei selbstverschuldeter Behandlungsbedürftigkeit. • Für chronisch Kranke gilt eine Belastungsgrenze von ein Prozent der Einnahmen zum Lebensunterhalt. Zuzahlungen werden nur bis zu dieser Grenze erhoben. Für alle anderen Versicherten gilt eine Belastungsgrenze von zwei Prozent. • Die Leistungen der medizinischen Behandlungspflege für Pflegebedürftige in vollstationären Einrichtungen ist bis zum 30. Juni 2007 nicht Leistung der GKV, sondern der sozialen Pflegeversicherung. • Maßnahmen der Prävention sind Leistungen der GKV.	• Künftig werden zusätzliche Leistungen angeboten: geriatrische Rehabilitation als Pflichtleistung und verbesserte Palliativversorgung. • Der Haushaltsbegriff wird erweitert. Künftig wird häusliche Krankenpflege auch in neuen Wohngemeinschaften oder Wohnformen und in besonderen Ausnahmefällen auch in Heimen erbracht. • Empfohlene Impfungen werden Pflichtleistungen. Alle Kassen müssen sie anbieten. • Mutter-/Vater-Kind-Kuren werden ebenfalls Pflichtleistungen. • Für den Bereich der Geriatrie werden die ambulanten und stationären Rehabilitationsleistungen Pflichtleistungen. • Bei selbstverschuldeter Behandlungsbedürftigkeit in besonderen Fällen wie z. B. bei Komplikationen durch Schönheitsoperationen, Piercing, Tätowierungen etc. muss in stärkerem Umfang von Regressmöglichkeiten zur Leistungsbeschränkung Gebrauch gemacht werden. Die bisherige Vorschrift, nach der Krankenkassen keine Kosten bei Selbstverschulden übernehmen müssen, wird präzisiert. • Die günstigere Belastungsgrenze von ein Prozent gilt künftig für chronisch Kranke nur dann, wenn sie sich an regelmäßigen Gesundheitsvorsorgemaßnahmen beteiligen oder sich therapiegerecht verhalten, z. B. an einem bestehenden strukturierten Behandlungsprogramm teilnehmen. Hierbei gelten bestimmte Altersgrenzen. • Die medizinische Behandlungspflege wird dauerhaft der sozialen Pflegeversicherung zugewiesen. • Präventionsmaßnahmen sind Leistungen der GKV. Mit einem Präventionsgesetz wird die Prävention zu einer eigenständigen Säule der gesundheitlichen Versorgung ausgebaut. Hierdurch werden die Qualität, die Kooperation und die Koordination übergreifend und un bürokratisch verbessert.

n +++ Fakten +++ Zahlen +++ Daten +++ Fakten +++ Zahlen +++ Daten +++ Fakten +++ Zahlen +++ Daten +++ Fakten +++ Zahle

heitsreform +++ Gesundheitsreform +++ Gesundheitsreform +++ Gesund

eine Reform wären die Beiträge in den kommenden Jahren auf bis zu 16 Prozent angestiegen. Um zu verhindern, dass der Zugang zu qualitativ hochwertiger medizinischer Versorgung künftig eine Frage des Einkommens wird, war eine grundlegende Reform des Gesundheitswesens überfällig.



Die CSU-Landesgruppe weiß um ihre besondere Verantwortung in der Großen Koalition für das Gelingen der gemeinsam vereinbarten Reformpolitik. Mit ihrer konstruktiven Mitwirkung an der Gesundheitsreform hat sie entscheidend dazu beigetragen, dass sich die Koalition als handlungsfähig erweist – trotz aller Störmanöver außerhalb und innerhalb des Berliner Politikbetriebs. In den eigentlichen parlamentarischen Gesetzesberatungen geht es nun darum, Detailfragen abschließend zu klären. Ein Aufschnüren des Gesamtpaketes, wie es viele SPD-Linke jetzt fordern, würde den mühsam erreichten Kompromiss in Gänze gefährden.

Die Reform wird nicht mit Einschnitten in den Leistungskatalog verbunden sein. In bestimmten Bereichen gibt es sogar zusätzliche Leistungen wie in der Palliativmedizin, im Hospizbereich, bei Impfungen und Vater-Mutter-Kind-Kuren. Es entstehen mehr Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Tarifen, wir bekommen mehr Transparenz bezüglich der Kosten und der Versorgungsangebote. Ein weiterer ganz wichtiger Erfolg ist der Versicherungsschutz für alle. Niemand soll mehr ohne Krankenversicherung bleiben. Gleichzeitig entsteht aber keine Zwangsversicherung. Alle Personen ohne Absicherung im Krankheitsfall erhalten eine Rückkehrmöglichkeit in ihre letzte Versicherung – sei es eine gesetzliche oder eine private. Wer nicht versichert war, kann in einem Basistarif der Privaten Krankenversicherung (PKV) mit bezahlbarer Prämie oder in die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) aufgenommen werden. Auch innerhalb der PKV kann durch Anrechnung der Altersrückstellungen zwischen Unternehmen leichter und nachteilsfrei gewechselt werden. Die Private Krankenversicherung arbeitet zukunftsfest und effizient. Anders als vielfach behauptet, sind in ihr nicht nur Spitzenverdiener versichert. Vielmehr gehören ihr auch die Beamten und Zehntausende Selbstständige mit durchschnittlichen und unterdurchschnittlichen Gehältern an. Der Erhalt der privaten Krankenversicherung als unverzichtbare Stütze der gesamten Gesundheitsversorgung konnte auf entschiedenen Druck der CSU abgesichert werden.

Berlin

Summer School 2006

(v.l.) Prof. Dr. Gabi Troeger-Weiss, Hartmut Koschyk MdB und Frank Haberzettel, Mitglied der Geschäftsleitung der Commerzbank Nürnberg bei der Summer School.

Für einen stärkeren Ausbau der Kinderbetreuung plädierte Hartmut Koschyk MdB bei der „Summer School 2006“ mit den 66 Elitestudenten und jungen Führungskräften aus ganz Bayern, die auf Einladung der Commerzbank, des Forums Zukunft Oberfranken und des Verbandes der Bayerischen Wirtschaft eine Woche lang in Berlin die Themen Werte, Wissen und Arbeit diskutierten. Hartmut Koschyk plädierte insbesondere dafür, stärker als bislang Kinderbetreuungseinrichtungen zu unterstützen, die sich wertegebundener Erziehung verpflichtet fühlten.

Agentur für Arbeit: Neuer Verwaltungsverbund mit Sitz in Bayreuth

Bayreuther Agentur übernimmt internen Service für Coburg, Hof und Weiden

Mit der Übernahme des so genannten internen Service für die Agenturbezirke Coburg, Hof und Weiden wird die Bedeutung der Agentur für Arbeit in Bayreuth in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Das hat die neue Leiterin Brigitte Glos bei einem Besuch der beiden Bundestagabgeordneten Stefan Müller (Erlangen) und Hartmut Koschyk (Bayreuth) festgestellt.

Die Arbeitsagenturen kämen mit ihrer Reform der inneren Verwaltung einer Forderung des Bundesrechnungshofes nach einer effizienteren Organisation nach. Bisher habe jede der bundesweit 172 Arbeitsagenturen eine eigene innere Verwaltung. Nach der Reform soll es nur noch 45 Verwaltungsverbünde geben. Langfristig sei mit Bayreuth als neuem Sitz des Verbundes auch eine Personalmehrung verbunden, kündigte Glos an, eine Größenordnung konnte sie zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht nennen. Sicher sei dagegen, dass die Bayreuther Agentur künftig Leistungen für die Agenturen Coburg, Hof und Weiden übernehmen und damit Effizienzgewinne erzielen werde. Allerdings sollten die Einheiten erst mittel- oder langfristig zusammengeführt werden, vorerst sei nur an eine virtuelle Anbindung gedacht.

Antrittsbesuch bei der neuen Leiterin der Bayreuther Arbeitsagentur: Oberbürgermeister Michael Hohl, Landrat Klaus-Günter Dietel und der Landtagsabgeordnete Walter Nadler (von links) sowie die Bundestagsabgeordneten Hartmut Koschyk und Stefan Müller (von rechts) trafen zu einem Meinungsaustausch mit Brigitte Glos zusammen, die seit Kurzem an der Spitze der Agentur in Bayreuth steht.

Der Abgeordnete Stefan Müller, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuss für Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag, zog bei dem Gespräch eine positive Bilanz über die Organisation des Sozialgesetzbuches II („Hartz IV"). Nachdem die Große Koalition im zurückliegenden Jahr drei Änderungen vorgenommen habe, seien die Fehlentwicklungen größtenteils korrigiert. Müller räumte ein, dass das ursprüngliche Ziel einer Kostenreduzierung aufgrund angestiegener Bedarfsgemeinschaften derzeit noch nicht verwirklicht werden konnte. Neben der schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt führte er dies auch auf eine konsequentere Durchsetzung von Leistungsansprüchen zurück. „Die Hemmschwelle, zur Arbeitsagentur zu gehen ist niedriger geworden", sagte er. Die Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt funktioniere aber speziell im Raum Bayreuth besser als bei vielen anderen Agenturen.

Speziell im Agenturbezirk Bayreuth werde auch eine hervorragende Integrationsarbeit für unter 25-Jährige geleistet. Mit Hilfe von Qualifikationsmaßnahmen und anderen Instrumenten sei hier gute Arbeit geleistet worden, so Müller. Er regte aber auch an, zusätzlich noch mehr präventiv zu arbeiten und künftig bereits in der 7. oder 8. Klasse anzusetzen, um junge Menschen vor Arbeitslosigkeit zu bewahren.

Nach den Worten des Bayreuther Bundestagsabgeordneten Hartmut Koschyk ist die positive wirtschaftliche Entwicklung auf dem hiesigen Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt bereits angekommen. Zum einen seien die Kapazitäten bei Handwerk und Industrie teilweise voll ausgelastet, zum anderen habe sich auch das Nachfrageverhalten von Seiten des Verbrauchers geändert. Agenturchefin Glos ging deshalb davon aus, dass diese positive Tendenzen auch in das kommende Jahr hineinwirken werden. Bayreuths Oberbürgermeister Dr. Michael Hohl bestätigte das Interesse am Standort genauso wie Landrat Klaus-Günter Dietel. Permanent würden Gespräche mit ansiedlungswilligen Unternehmen geführt, sagte Hohl, auch im Umfeld der Universität gebe es derzeit interessante Ansätze. Laut Dietel sei auch in den Gesprächen mit potenziellen Existenzgründern eine vermehrte Ernsthaftigkeit festzustellen. Dietel rechnete auch nicht mit einem Einbruch durch die Mehrwertsteuererhöhung im kommenden Jahr.

Oberfränkische Fischerei

BM Seehofer erteilt EU-Bürokratielawine für Teichwirte eine klare Absage

Derzeit wird in Brüssel ein Vorschlag der EU-Kommission diskutiert, dessen Umsetzung eine gewaltige Bürokratie- und Kostenlawine für die oberfränkischen Fischereibetriebe zur Folge hätte. Der derzeitige Vorschlag der EU-Kommission, über die Verwendung nicht heimischer und gebietsfremder Arten in der Aquakultur erfasst den Karpfen nämlich als nicht heimischen Fisch, wodurch ein kompliziertes Antragsverfahren für die Karpfen züchtenden Teichwirte ausgelöst würde. Der Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Geschäftsführer, Hartmut Koschyk, hatte sich deshalb, auch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Teichgenossenschaft Oberfranken, direkt an Bundesminister Horst Seehofer gewandt und ihn nachdrücklich gebeten, dieses Vorhaben auf EU-Ebene zu verhindern. Bundesminister Seehofer teilt diese Ansicht Koschyks in seiner Antwort ausdrücklich und lehnt den vorliegenden Verordnungsvorschlag „mit Nachdruck ab". Dieser sei schon deshalb fachlich abzulehnen, „weil nach den aufgeführten Definitionen – anders als im Bundesnaturschutzgesetz – zum Beispiel Karpfen und Regenbogenforellen, die in Deutschland seit weit mehr als 100 Jahren in der Aquakultur produziert werden und keinerlei ökologische Risiken bergen, als nicht heimisch eingestuft werden." Klare Worte findet der Minister zu der zu erwartenden bürokratischen Belastung: „Im Übrigen wäre mit der vorgesehenen Regelungstiefe und –breite für die Wirtschaftsbeteiligten, die Behörden und den

Fortsetzung auf Seite 11...

Fortsetzung von Seite 10...

geplanten Beratungsauschuss ein personeller, zeitlicher und finanzieller Aufwand verbunden, der mit den vorhandenen Ressourcen nicht aufzufangen ist", bringt es der Minister auf den Punkt.

„Diese eindeutige Haltung des Bundesministers begrüße ich ausdrücklich", zeigt sich MdB Koschyk erfreut und fügt hinzu: „Es ist richtig und von großer Bedeutung, dass Horst Seehofer diesem unsinnigen Vorhaben Brüsseler Bürokraten somit einen unmissverständlichen Riegel von deutscher Seite vorschiebt!" Bundesminister Seehofer und MdB Koschyk sind sich einig, dass die Absicht, das Einführen fremder Fischarten zu regeln, um Schäden von der heimischen Fauna und Flora fern zu halten, grundsätzlich sinnvoll und begrüßenswert sei. Die Erfahrung zeige, dass von nicht heimischen Tierarten erhebliche Gefahren für die hiesige Population ausgehen können. Ebenso einig sind sich beide Politiker jedoch auch, dass der jetzige Verordnungsentwurf „weit über das notwendige Maß" hinausgehe.

Bundesminister Seehofer versicherte deshalb Hartmut Koschyk, er werde sich „im Rat dafür einsetzen, dass sich der Regelungsbereich auf den Kern – die Einfuhr neuer, bisher nicht im Gemeinschaftsgebiet heimischer Arten – beschränkt und sich hinsichtlich des bürokratischen Aufwandes am Notwendigen und Machbaren orientiert." „Es zeigt sich einmal mehr, dass das Landwirtschaftsministerium unter Führung von Horst Seehofer Anwalt der Interessen unserer mittelständischen Teich-, Forst-, und Landwirtschaft auch gegenüber ausufernder Eurokratie ist", fasst MdB Koschyk den Einsatz des Bundesministers im Sinne der Teichwirte zusammen.

Zivil- und Katastrophenschutz

Selbstständigkeit des THW von entscheidender Bedeutung

Jüngst erklärte Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB, die Selbstständigkeit des THW zu erhalten.
Anlässlich eines Gespräches mit dem Präsidenten des Technischen Hilfswerkes, Herrn Albrecht Broemme, kommentierte Hartmut Koschyk dies wie folgt:

Ich begrüße ausdrücklich, dass Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble klargestellt hat, dass das Technische Hilfswerk als selbstständige Behörde erhalten bleibt und nicht mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zusammengelegt wird.

Der Bundesinnenminister hatte eine Projektgruppe beauftragt, unter den Gesichtspunkten Aufgabenoptimierung und Steigerung der Kosteneffizienz zu prüfen, ob eine Zusammenlegung von THW und BBK sinnvoll ist. Jetzt hat Bundesinnenminister Dr. Schäuble klar Position gegen eine Zusammenlegung bezogen. Auf dem 3. Deutschen Feuerwehr-Verbandstag in Büsum stellte er eindeutig fest: „Im Ergebnis habe ich mich nach Abwägung aller Gesichtspunkte entschieden, die bundeseigenen Aufgaben im Bereich des Zivil- und Bevölkerungsschutzes auch künftig durch zwei selbstständige Behörden wahrnehmen zu lassen."

Dies ist ein wichtiges und richtiges Signal für das THW und insbesondere für seine Mitglieder. Es ist richtig, die Aufgaben- und Organisationsstruktur im Zivil- und Katastrophenschutz den neuen Herausforderungen anzupassen und effektiver zu gestalten. Eine Zusammenlegung der beiden Behörden hätte dieses Ziel jedoch nicht gewährleistet. Daher ist es von großer Bedeutung, dass der Bundesinnenminister sich unmissverständlich für die Selbstständigkeit des THW, das zu 99 Prozent von ehrenamtlich Tätigen getragen wird, ausgesprochen hat. BBK und THW erfüllen unterschiedliche Aufgaben und sind deshalb völlig anders aufgebaut. Die Selbstständigkeit des THW ist deshalb von entscheidender Bedeutung für den bestmöglichen Zivil- und Katastrophenschutz.

Besonders zu berücksichtigen sind die gestiegenen Anforderungen an das Technische Hilfswerk angesichts zunehmender Naturkatastrophen und weltweiter Krisenherde, in denen es zu helfen gilt. THW-Präsident Broemme berichtete vom Einsatz des THW im Libanon: Im Auftrag der Vereinten Nationen reparierten Helfer des THW beschädigte Trinkwasserleitungen und überprüften mit einem mobilen Labor das Trinkwasser. Der Einsatz des THW im Rahmen des UN-Projekts hat somit wesentlich zur Wiederherstellung und zur Verbesserung der Trinkwasserversorgung in der südlibanesischen Region beitragen. Auch wenn sich die Aufmerksamkeit der Medien zumeist auf militärische Beiträge konzentriert, so ist die zivile Aufbauhilfe des THW unverzichtbar. Die globalen Helfer des THW sind hervorragende Botschafter Deutschlands in der Welt.

Zentrale Herausforderung für die Zukunft ist die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements sowie der Ausbau der Nachwuchsgewinnung für das Technische Hilfswerk. Die Rahmenbedingungen für ehrenamtlich Tätige müssen stets verbessert werden. Es muss gelingen, wieder mehr junge Menschen für den Dienst an der Gemeinschaft zu begeistern.

Hartmut Koschyk im Gespräch mit dem THW-Präsidenten Albrecht Broemme

Mittelstand weiter entlasten

Bundeswirtschaftsminister Glos zum Blitzbesuch bei der SDV Winter GmbH in Weidenberg

Der parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Hartmut Koschyk MdB, zusammen mit Landrat Dr. Klaus-Günter Dietel (3.v.l.), dem Bayreuther Landtagsabgeordneten Walter Nadler (4.v.l.) und Bundeswirtschaftsminister Michael Glos bei der SDV Winter GmbH in Weidenberg.

Die Aussichten sind gut, dass die gegenwärtig stabile Phase der Wirtschaft in Deutschland anhält. Diese Einschätzung hat Bundeswirtschaftsminister Michael Glos bei seinem Blitzbesuch der SDV Winter GmbH, einer Tochtergesellschaft des in Dresden ansässigen Sächsischen Druck- und Verlagshauses (SDV), in Weidenberg im Landkreis Bayreuth vertreten. Glos wurde begleitet vom parlamentarischen Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Hartmut Koschyk, und von Prinz Alexander von Sachsen, der den Freistaat Sachsen repräsentierte.

Nicht für alles, was die derzeit hervorragende Wirtschaftssituation ausmache, sei die Bundesregierung verantwortlich, räumte Glos ein. Auch die zurückhaltenden Lohnforderungen der Tarifpartner während der vergangenen Jahre gehörten unbestritten dazu. Für zusätzliches Wachstum sollen nun die Steuerreform und das zweite Mittelstandsentlastungsgesetz sorgen. Von großer Bedeutung seien auch hohe Ausbildungsquoten. „Wer morgen und übermorgen Fachkräfte haben will, muss heute ausbilden, sagte Glos und bezeichnete das duale System, also die Kombination von schulischer und betrieblicher Ausbildung, als einen der wesentlichen Garanten dafür, dass Deutschland noch immer die stärkste Exportnation und die drittstärkste Industrienation der Welt sei.

Eine Absage erteilte Glos bei seinem Besuch in Weidenberg einer erst am Vormittag aufgestellten Forderung der Vollversammlung der Handwerkskammer für Oberfranken. Das Handwerk hatte dafür plädiert, den Steuerbonus für Handwerkerrechnungen ab dem kommenden Jahr von derzeit 20 Prozent von 3000 Euro Arbeitslohn auf künftig 25 Prozent von 4000 Euro anzuheben. Dies wäre zwar erfreulich, sagte der Bundeswirtschaftsminister, lasse sich aber im nächsten Haushalt noch nicht verwirklichen. Dennoch nannte Glos den Steuerbonus eine gute Sache, da er sich zumindest teilweise selbst finanziere und Erfolg und Nachfrage von handwerklichen Dienstleistungen enorm angekurbelt habe. Eine Anhebung bereits ab dem kommenden Jahr werde aber dennoch aus finanziellen Gründen nicht möglich sein. Grundsätzlich positiv stand Glos der am Montag entfachten Diskussion um so genannte Investivlöhne gegenüber. Derartige Löhne könnten eine hervorragende Ergänzung sein und würden auch dazu führen, dass sich die Belegschaften mehr für wirtschaftliche Zusammenhänge interessierten.

Die SDV Winter GmbH in Weidenberg bezeichnete der Minister als großartiges Beispiel für ein modernes Unternehmen als auch für die Tatsache, dass Innovationskraft in erster Linie von mutigen Mittelständlern ausgehe. Die Sächsische Druck- und Verlagsanstalt wurde 1990 nach den Worten ihres Vorstandsvorsitzenden Christoph Deutsch aufbauend auf zwei bereits existierende Dresdner Druckhäuser gegründet. Heute gelte das Unternehmen als eine der modernsten Druckereien Deutschlands mit einem Umsatz von rund 25 Millionen Euro und über 200 Beschäftigten. 85 davon sind heute in Weidenberg tätig, wo die SDV erst vor wenigen Monaten die Winter GmbH übernommen hatte. Der Betrieb beschäftigt sich nicht nur mit klassischen Offset-, Digital- oder Rollendruckverfahren, sondern auch mit dem breiten Feld der Softwareentwicklung und –installation. Darüber hinaus stellt das Unternehmen in Dresden auch die zentrale Plattform für alle öffentlichen Vergaben in Sachsen.

Einladung in die Bundeshauptstadt

Funktionsträger der Region zu Besuch in Berlin

Funktionsträger der CSU-Kreisverbände Bayreuth-Stadt und -Land konnten sich auf Einladung des Wahlkreisabgeordneten und Parlamentarischen Geschäftsführers, Hartmut Koschyk, ein eigenes Bild über die Arbeit ihres Abgeordneten und der Bundesregierung in Berlin machen. Durch ein umfangreiches informatives Programm blickte die Delegation aus Bayreuth hinter die Kulissen des politischen Geschehens in der Bundeshauptstadt und konnte in Diskussionen mit Regierungsmitgliedern auch Eindrücke jenseits der alltäglichen Medienberichterstattung sammeln. Weiterhin stand ein Gespräch mit dem Staatssekretär beim Bundeswirtschaftsministerium, Dr. Joachim Wuermeling, auf dem Programm

THW ist für den Ernstfall gewappnet

Neues Rettungszelt für das THW Bayreuth

Als feste Säule des Zivil- und Katastrophenschutzes haben der parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Hartmut Koschyk, und Oberbürgermeister Dr. Michael Hohl den Ortsverband Bayreuth des Technischen Hilfswerks (THW) bezeichnet. Koschyk übergab dem Ortsverband am Samstag in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des THW-Fördervereins ein neues Rettungszelt, während Oberbürgermeister Hohl seinen Antrittsbesuch abstattete.

Vor vielen ehrenamtlichen Helfern aus dem Ortsverband freute sich Koschyk vor allem darüber, dass sämtliche Debatten über eine Zusammenlegung von THW und Bundesamt für Zivil- und Katastrophenschutz endgültig vom Tisch seien. „Das THW behält seine Selbstständigkeit“, sagte er und verwies auf eine hervorragende Arbeit im In- und Ausland. Während der zurückliegenden Jahre habe das THW auch in der Region im Umfeld des A9-Ausbaus immer wieder seine Einsatzbereitschaft unter Beweis gestellt.

Den hohen Stellenwert des Katastrophenschutzes betonte OB Hohl. Bayreuth verfüge über ein schlagkräftiges Netzwerk von Hilfsdiensten, zu denen das THW unabdingbar dazugehöre. Wenn auch immer die Hoffnung im Vordergrund stehe, dass der Ernstfall ausbleibe, so müssten doch alle Organisationen gewappnet sein.

Das neue Rettungszelt sei vor allem in Verbindung mit dem häufigen Einsatzgeschehen auf der Bundesautobahn A9 angeschafft worden, erläuterte der Ortsbeauftragte Thomas Oetter. Das Zelt ist ohne Stützen und Verstrebungen angelegt, wird mittels Druckluft aufgerichtet und ist innerhalb weniger Minuten einsatzbereit. Seinen ersten Einsatz im Ernstfall hatte das Zelt bereits bei einem Großbrand eines landwirtschaftlichen Anwesens vor wenigen Wochen in Bayreuth. Die Kosten in Höhe von 6000 Euro teilten sich der Landkreis Bayreuth, die Sparkasse Bayreuth sowie eine Immobilienfirma und ein Baumarkt.

Der parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag Hartmut Koschyk und Oberbürgermeister Dr. Michael Hohl freuten sich zusammen mit einigen ehrenamtlichen Helfern des Technischen Hilfswerks über ein neues Rettungszelt.

Preisverleihung

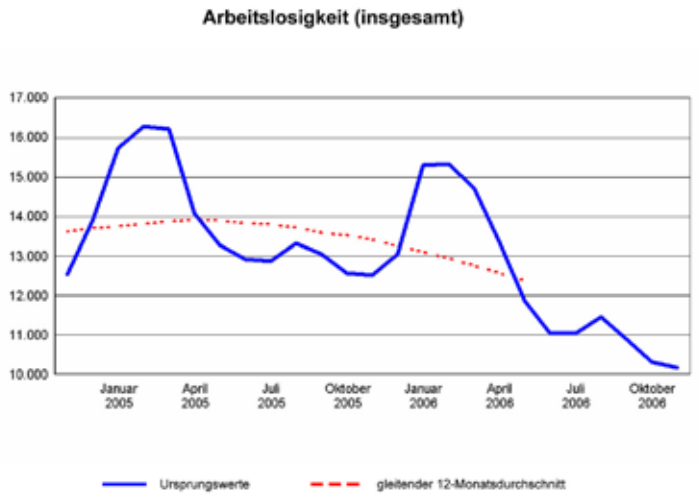
Verein „OMNIBUS“ erhält CSU-Bürgerpreis 2006

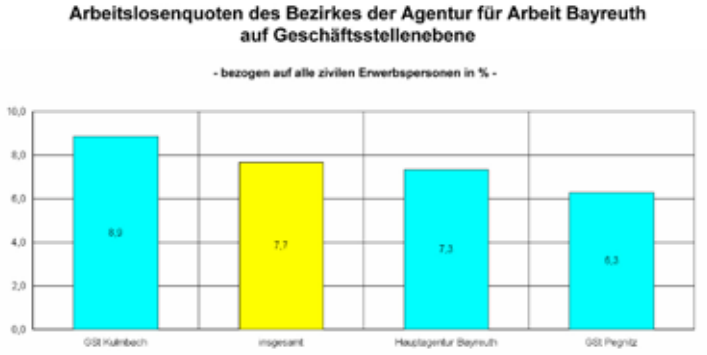
In Anerkennung für seine Verdienste wurde dem Kultur- und Konzertverein OMNIBUS aus Gefrees der mit 500 Euro dotierte CSU-Bürgerpreis 2006 verliehen. „Der Verein OMNIBUS hat wie kein anderer Verein das kulturelle Leben in Gefrees und Umgebung in den letzten zehn Jahren geprägt und ist daher ein würdiger Preisträger für den diesjährigen Bürgerpreis“, betonte CSU-Kreisvorsitzender Hartmut Koschyk MdB im Rahmen der Festveranstaltung und erinnerte an den Stellenwert des Bürgerpreises, den zuvor bereits der Landjugend-Kreisverband Bayreuth, die Rotmain-Schlümpfe Heinersreuth, der Fichtelgebirgsverein Weidenberg, die Stadtgarde Glückauf Pegnitz und der Förderverein Schulsport- und Freizeithalle Waischenfeld erhalten hatten. Regierungspräsident Hans Angerer lobte in seiner Laudatio den Verein OMNIBUS für seine herausragenden Leistungen im kulturellen Bereich. „Mit seiner Vielfalt, Nähe und seinem Engagement sorgt der Verein dafür, dass die Kultur in Gefrees lebendig bleibt!“ so der Regierungspräsident. In seinem Grußwort freute sich Landrat Dr. Klaus-Günter Dietel darüber, dass die Kultur durch den Verein als bürgernahes Aktionsfeld begriffen wird. Daher sei der Verein zu Recht bereits vor einigen Jahren mit dem Förderpreis des Kulturpreises des Landkreises Bayreuth ausgezeichnet worden. Gerd Heinz, Vorsitzender des Vereins OMNIBUS, würdigte in seiner Dankesrede den insbesondere ideellen Wert der Auszeichnung und dankte gleichzeitig den vielen aktiven Vereinmitgliedern für ihr Engagement. „Unsere ehrenamtliche Arbeit ist durch den CSU Kreisverband gewürdigt und honoriert worden. Wir danken dafür herzlich!“, so Gerd Heinz abschließend.

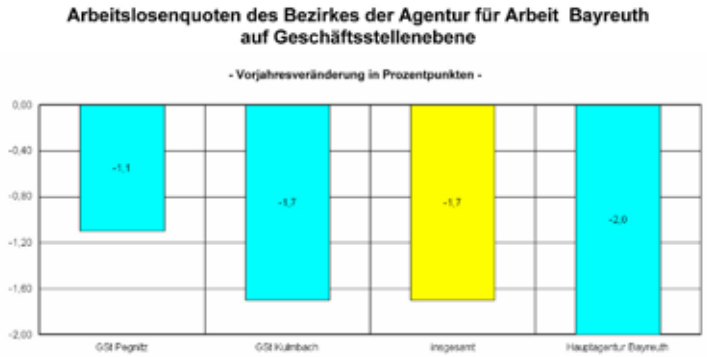
Bei der CSU-Bürgerpreisverleihung 2006: Die Redner und Laudatoren des Abends, politische Ehrengäste und die stolzen Preisträger.

Arbeitsmarktsituation in der Region Bayreuth

Koschyk: Aufschwung in der Verlängerung!







Die im Zuge des Regierungswechsels einsetzende Trendwende auf dem Arbeitsmarkt setzt sich trotz des Beginns der Wintermonate auch im November weiter fort. Der Rückgang der Arbeitslosenzahlen im Bezirk der Agentur für Arbeit Bayreuth unterstreicht dies eindeutig: Im Vergleich zum Vorjahresmonat gibt es 2350 Arbeitslose weniger. Dies ist ein Rückgang von 18,8 Prozent! „Diese Entwicklung zeigt, dass unsere Politik des Dreiklangs Investieren, Sanieren und Refomieren wirkt“, so der Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Hartmut Koschyk. „Der Aufschwung in Oberfranken und Deutschland geht eindeutig in die Verlängerung. Dies ist auf kluge Entscheidungen der unionsgeführten Bundesregierung zurückzuführen. Oberfrankens und Deutschlands Verbraucher und Investoren blicken wieder optimistisch in die Zukunft und die Einstellungsbereitschaft vor allem der mittelständischen Unternehmen nimmt spürbar zu. Unser Ziel, die Zahl der Arbeitslosen im Herbst des kommenden Jahres unter die Vier-Millionen-Marke zu senken, ist bereits jetzt erreicht. Dies belegt einmal mehr, dass unsere Wirtschaftspolitik auf dem richtigen Weg zu mehr Wachstum und höherer Beschäftigung in unserem Land ist.“ „Das Geschäftsklima der oberfränkischen Wirtschaft bleibt laut der letzten IHK-Konjunkturbefragung auf hohem Niveau“, unterstreicht MdB Koschyk. „Nun gilt es, diese positive Entwicklung zu verfestigen, das heißt, den eingeschlagenen Reformkurs konsequent fortzusetzen. Dafür müssen die Rahmenbedingungen für einen dauerhaften und sich selbst tragenden Wachstumprozess in Deutschland weiter nachhaltig verbessert werden. Im Vordergrund stehen dabei die Umsetzung der Beschlüsse der Reform der Unternehmensbesteuerung und der betrieblichen Erbschaftssteuer und die Nutzung aller Spielräume zur Senkung der Lohnzusatzkosten“, unterstreicht MdB Koschyk und betont, „dass alle Daten darauf hinweisen, dass die zielorientierte Wirtschaftspolitik der unionsgeführten Bundesregierung dazu führen wird, dass die Arbeitslosigkeit in Oberfranken und Deutschland auch im kommenden Jahr und trotz der notwendigen Mehrwertsteuererhöhung kontinuierlich abnehmen wird und der Wirtschaftsaufschwung in Oberfranken nachhaltig anhält.“

Bayerischer Bauernverband Oberfranken

Koschyk sagt Unterstützung bei Reformen zu

Bei einem Treffen des Bayerischen Bauernverbandes von Oberfranken sowie dem Kreisverband Bayreuth mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Hartmut Koschyk MdB, sagte Hartmut Koschyk Bauernverbandspräsidenten Werner Reihl sowie dem Bayreuther Kreisobmann Hans Escherich und der Kreisbäuerin Anna Brütting zu, wichtige Forderungen des Bauernverbandes in aktuelle Gesetzesvorhaben durch die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag zu unterstützen.

Im Hinblick auf die Forderung des Bauernverbandes, wonach auch künftig die Landwirtschaftlichen Krankenkassen (LKK) einen aus Steuermitteln finanzierten Ausgleich für versicherungsfremde Leistungen, insbesondere für die beitragsfreie Mitversicherung der Kinder, erhalten sollen, sagte Hartmut Koschyk Unterstützung im laufenden Gesetzgebungsverfahren der Gesundheitsreform zu. „Die Höhe des Bundeszuschusses für die Landwirtschaftlichen Krankenkassen ist keine willkürliche Bevorzugung einer bestimmten Klientel, sondern Ausdruck der Anerkennung erheblicher gesamtgesellschaftlicher Leistungen, die die Land- und Forstwirtschaft zur Pflege und zum Erhalt unserer Kulturlandschaft erbringt“, betonte Hartmut Koschyk.

Einigkeit wurde zwischen den Vertretern des Bauernverbandes und Hartmut Koschyk MdB auch im Hinblick auf die bevorstehende Neuregelung der Erbschafts- und Schenkungs-

Fortsetzung auf Seite 15...

Fortsetzung von Seite 14...

steuer erzielt.
„Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag werde ich mich dafür einsetzen, dass der Gesetzentwurf zur Erleichterung der Unternehmensnachfolge im Hinblick auf den für die Landwirtschaft wichtigen Problemkreis der verpachteten Flächen nachgebessert wird!“, so Hartmut Koschyk.
Nach dem jetzigen Gesetzentwurf der Bundesregierung gehört der verpachtete land- und forstwirtschafltiche Betrieb nicht mehr zum begünstigten produktiven Vermögen. Dies hätte zur Folge, dass eine volle Steuerpflicht unabhängig vom Ob und von der Dauer der Fortführung des Betriebes entstehen würde.
„Dieser Zustand ist inakzeptabel. Es kann nicht sein, dass unsere bayerischen Landwirte nur deshalb schlechter gestellt werden, weil die Abrenzung zwischen dem so genannten produktiven und nicht-produktiven Vermögen schematisch vorgenommen wird, um Umgehungstatbestände in ganz anderen Betrieben zu verhindern“, so Hartmut Koschyk, der aber zugleich darauf hinweist, dass die Grundaussagen der Erschaftssteuerreform richtig sind. Mit der Reform soll die Generationenfolge im Unternehmen durch Entlastung von der Erbschafts- und Schenkungssteuer erleichtern werden. Koschyk abschließend: „Die CSU bleibt verlässlicher Partner der Landwirte. Ohne eine für die Landwirtschaft akzeptable Lösung wird die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag dem geplanten Gesetzesvorhaben nicht zustimmen.“

Hans Escherich (Kreisobmann), Hartmut Koschyk MdB, Werner Reihl (Präsident des Bezirksverbandes Oberfranken), Anna Brütting (Kreisbäuerin), Karl Lappe (Stellv. Kreisobmann) und Gerhard List (Geschäftsführer des Kreisverbandes)

Aktion „Rollentausch“

Bayreuther Tafel e. V. findet mit Hartmut Koschyk einen neuen Ladenpaten

Rund 1000 Menschen aus Bayreuth und Umgebung haben eine Einkaufsberechtigung, bis zu 300 kommen regelmäßig zu den Öffnungszeiten Mittwoch und Samstag und kein einziger geht leer aus: Der Laden des gemeinnützigen Vereins Bayreuther Tafel e.V. im Stadtteil Altstadt gilt als segensreiche Einrichtung, die sich sozial schwacher und bedürftiger Menschen angenommen hat. Am ersten Adventswochenende konnten die vielen ehrenamtlichen Helfer mit Hartmut Koschyk einen weiteren prominenten Mitstreiter in ihren Reihen begrüßen. Im Zuge der Aktion Rollentausch des bayerischen Sozialministeriums machte sich Koschyk nicht nur ein Bild von der Arbeit des Vereins, sondern packte auch tatkräftig mit an.
Ziel des Vereins ist es, überschüssige Lebensmittel von Supermärkten und Geschäften regelmäßig einzusammeln und sie gegen eine ganz geringe Gebühr an bedürftige Menschen abzugeben. Damit soll jeder die Möglichkeit bekommen, sich unabhängig vom Geldbeutel ausreichend und gesund zu ernähren. Die Vereinsvorsitzende Ingrid Struller legt dabei großen Wert darauf, dass sämtliche Nahrungsmittel in einwandfreiem Zustand sind. Für das Einsammeln, Aufbereiten und Abgeben der Lebensmittel sind neben den zahlreichen ehrenamtlichen Kräften auch zwei Ein-Euro-Jobber und hin und wieder auch Helfer zuständig, die der Verein Fähre e.V. vermittelt hat. Das Angebot gleicht dem eines gut sortierten Lebensmittelgeschäftes mit großen Brot-, Obst- und Gemüseregalen, süßen Backwaren, so genannter Trockenware und auch mit Kühlregal für Käse, Wurst oder Joghurt.
„Viele Menschen halten unsere Arbeit für sinnvoll, auf Zeitungsartikel kommen manchmal an die 30 Anrufe von Menschen, die sich gerne in irgendeiner Form engagieren möchten“, so die Vorsitzende. Ingrid Struller freut sich dabei über jeden, der mitmacht, auch wenn er nur einmal im Monat auftaucht. Dennoch wäre eine hauptamtliche Kraft bitter notwendig. Dies scheitere derzeit am Etat des Vereins, der nun versuchen will, bei der Stadt einen Zuschuss zu bekommen. Vorerst ist die Tafel nach den Worten ihrer Vorsitzenden aber erst einmal damit beschäftigt, Ladenpaten zu finden, entweder Einzelpersonen oder Geschäftsleute, die jeweils zehn Euro im Monat an den Verein überweisen, damit der die Miete für das Ladenlokal in der St.-Nikolaus-Straße 2 bezahlen kann. Die Ladenpaten sollen, wenn gewünscht, öffentlich genannt und auf einem Namensschild im Schaufenster verewigt werden. Hartmut Koschyk zeigte sich von dieser Idee überzeugt und übernahm spontan eine Ladenpatenschaft.
Um im Laden der Bayreuther Tafel einkaufen zu dürfen, muss ein staatlicher Bescheid vorliegen, der die Bedürftigkeit des jeweiligen Kunden nachweist. Liegt kein amtlicher Bescheid vor, können auch die Wohlfahrtsverbände, also Caritas, Diakonie, Bayerisches Rotes Kreuz oder Arbeiterwohlfahrt die Bedürftigkeit bescheinigen. Ausweisinhaber der Tafel zahlen pro Einkauf einen Euro für Alleinstehende, zwei Euro für Familien. Dafür bekommen sie je nach saisonalem Angebot und Vorrat in der Regel eine ganze Tüte voller Lebensmittel. Selbst wenn sich die Vorräte dem Ende neigen, Brot und Salat sei immer da. „Wirklich wegschicken mussten wir noch niemanden“, so die Vorsitzende.
Weitere Information über die Arbeit der Bayreuther Tafel gibt es unter der Telefonnummer 0921/75869244 oder unter **www.bayreuther-tafel.de**.

Die „Bayreuther Tafel“ hat mit Hartmut Koschyk einen neuen Ladenpaten gefunden. Der lies es sich nicht nehmen, einen Tag lang mitzuhelfen. Mit im Bild: Die Vorsitzende Ingrid Struller und der Verwaltungsbeauftragte Stefan Kühnlein (von rechts) sowie die ehrenamtliche Helferin Cordula Panitz (links).

Internet

www.koschyk.de

Seit November finden Sie unter www.koschyk.de den neuen Internetauftritt von Hartmut Koschyk. Hier erhalten Sie alle Informationen über seine Arbeit als direkt gewählter Abgeordneter für den Bundeswahlkreis Bayreuth-Forchheim und als Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Neben aktuellen Meldungen und Hintergründen aus der Tagespolitik erfahren Sie mehr über den Menschen Hartmut Koschyk, seine Ziele und Überzeugungen. In unserer Bildergalerie können Sie einen Eindruck vergangener Veranstaltungen und politischer Begegnungen gewinnen. Wenn Sie möchten, können Sie gerne einen Gruß in Hartmut Koschyks Gästebuch hinterlassen oder mit ihm direkt einen Termin im Rahmen einer Bürgersprechstunde vereinbaren. Sie erwartet ein neues Design, eine übersichtliche Struktur und viele Funktionen. Selbstverständlich finden Sie auch diese und alle früheren Ausgaben von „Koschyks politischer Korrespondenz“ im Internet. Wir freuen uns auf Ihren Besuch auf www.koschyk.de

Koschyks politische Korrespondenz

Politische Informationen aus erster Hand

Herausgeber: Hartmut Koschyk MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227 - 73353
eMail hartmut.koschyk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bayreuth
Wölfelstraße 6
95444 Bayreuth
Tel. (0921) 76430 - 0
eMail hartmut.koschyk@wk.bundestag.de

Redaktion und Gestaltung:
Andreas Küffner
Paul Göttke
Dr. Oliver Junk

printed by AVS *Lettershop*